

Regina Holler: 20. Juli 1944. Vermächtnis oder Alibi?

Wie Historiker, Politiker und Journalisten mit dem deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus umgehen.

München, New Providence, London, Paris: K.G. Saur Verlag 1994

(Kommunikation und Politik, Bd.26), 359 S., DM 98,-, ISBN 3-598-20556-2

Regina Hollers kenntnisreiche, das gelegentlich etwas zu breit präsentierte Material klug kommentierende Arbeit untersucht am Beispiel von Historiographie, Politik und Medien, „wie mit geschichtlichen Erfahrungen [wie dem 20. Juli; R.D.] Politik gemacht“ und „Geschichtsbewußtsein“ (S.16) hergestellt wird.

Allemaal sind es Angehörige gesellschaftlicher (staatstragender) Eliten und deren loyale Zuarbeiter mit ihrem privilegierten Zugang zu den Medien, ihrer Präsenz in Parteien und Institutionen etc., die das Thema 20. Juli und Widerstand verhandeln und dessen Bild in der Öffentlichkeit prägen und bestimmen; Angehörige jener Eliten, die ganz wesentlich mit Wort oder Tat an Etablierung und Erfolg des NS beteiligt waren. In der Historiographie dominiert fast ungebrochen bis weit in die sechziger Jahre hinein die konservative (Elite-)Forschung, die mit den Namen Hans Rothfels und Gerhard Ritter verbunden ist, oder auch die aus militärischen Kreisen stammende Rechtfertigungsliteratur (etwa U.v. Hassel). Widerstand ist hier nur Widerstand von Eliten. Inhalte und Ziele der militärischen Opposition und deren langjährige Beteiligung an Etablierung und Erfolg des NS bleiben undiskutiert oder werden in ihrer Motivation nachträglich beschönigt. Der 20. Juli wird aufgewertet zum interesselosen „Aufstand des

Gewissens“ (G. Ritter) gegen einen zur Ungeheuerlichkeit stilisierten, ohne jeden Zusammenhang mit der deutschen Geschichte erscheinenden NS.

Mitte/Ende der sechziger Jahre setzt dann auf breiter Basis die linke Widerstandsforschung ein. Es werden parallel oder nacheinander aufgearbeitet: Jugend- und Arbeiterwiderstand, der Widerstand der Gewerkschaften, Alltagswiderstand, Emigration/Exil, ab 1984 erstmals der jüdische Widerstand. Der 20. Juli wird jetzt auch von der bürgerlichen Historiographie durchaus gründlich und kritisch untersucht (etwa H. Mommsen und H. Graml), sein durchgängiger Zusammenhang mit dem NS, als dessen lediglich gemäßigte Variante er sich erweist, deutlich gemacht. Was zumindest wissenschaftsintern als Erfolg und Durchbruch gelten kann, bleibt allerdings in Politik und Medien weitgehend folgenlos. An einer Vermittlung der Ergebnisse kritischer Wissenschaft besteht hier kaum Interesse.

Die politischen Reden zum 20. Juli sind fast durchweg einmal von der Absicht der Selbstrechtfertigung der politischen und militärischen Eliten bestimmt (Angehörige ihrer Gruppen hatten demnach Widerstand geleistet und waren so auch für Funktionen im neuen, nunmehr demokratischen Staat legitimiert), zum anderen wird er in ihnen und in der politischen Praxis immer wieder für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert (Antikommunismus, Abwehr innerdemokratischer Kritik als in ihrer Tendenz angeblich linkstotalitäristisch). Inhalte und Ziele der überwiegend militärischen Opposition werden auch hier entweder verschwiegen oder mit dem Hinweis auf deren angeblich ausschließlich moralische Motivation wegdiskutiert. Von einigen behutsamen Interventionen abgesehen, setzte nicht einmal die SPD, seit die politische Macht auf sie übergegangen war, andere Akzente etwa durch die besondere Hervorhebung des sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Widerstandes. Im Gegenteil: Auf Einladung des SPD-geführten Berliner Senats spricht 1974, zum dreißigsten Jahrestag des 20. Juli, der ehemalige NS-Marinerichter Hans Filbinger. Zwar wird in den Reden auch der kommunistische Widerstand gelegentlich erwähnt (und von Gustav Heinemann 1969 sogar ganz ausdrücklich), aber nur, soweit er mit Opfern verbunden war. Kommunisten gelten ansonsten weiterhin als Verblendete, und ihre politischen Ziele werden immer demagogisch mit dem Stalinismus (= NS) gleichgesetzt. Seit 1982 (Regierungsübernahme durch CDU/CSU und FDP), so die Autorin, sind in den Reden dann vermehrt „wieder Töne wie in den 50er und 60er Jahren zu hören.“ (S.245) Es bleibt bei den pathetischen, heroisierenden und enthistorisierenden, auf emotionale Akklamation zielenden Gedenkrhetoriken (Beschwörung von 'Vermächtnis und Erbe' des 20. Juli), in denen selbst die Frontsoldaten einen würdigen Platz finden, und bei der Abwertung und Denunzierung insbesondere des kommunistischen Widerstandes.

Setzen Historiographie und Politik die Maßstäbe in der Diskussion über den 20. Juli, so ist die selbständige Bearbeitung des Themas in den Medien auf wissenschaftlicher Grundlage und anhand eigener Recherchen äußerst selten. Sie bie-

ten vielmehr im gesamten Untersuchungszeitraum, so Holler, das trostlose Bild eines „machtlegitimierenden und machterhaltenden Bestätigungsjournalismus“ und „staatstragender Berichterstattung“ (S.271). Von den Ergebnissen der neueren Forschung seit Mitte/Ende der sechziger Jahre völlig unberührt, gehen die Medien im wesentlichen stur der Aktualität der ‘Großereignisse’ (politische, offizielle Gedenkfeiern) nach und reproduzieren so in der Öffentlichkeit das gewollte Image des 20. Juli. Kein Platz ist folgedessen in ihnen für den ‘anderen Widerstand’. Der kommunistische Widerstand wird bestensfalls in Agenturmeldungen erwähnt. Bescheidene Vorstöße der SPD etwa gegen Barzels Aufwertung Globkes zum Widerstandskämpfer 1961 oder für eine modifizierte Bewertung des Widerstandes werden oft mit zynischem Ton kommentiert.

Im Kontext eines allgemeinen Geschichtsrevisionismus, wie wir ihn gegenwärtig im nunmehr neuen Gesamtdeutschland auf breiter Basis erleben, mitgetragen selbst von Teilen der Linken (‘Entsorgung’ von ‘1968’, Antifaschismus als Feindbild, Nivellierung des NS zum Normalfall einer angeblich ohnehin katastrophischen Geschichte, Bekenntnis zur Nation etc.), ist in Zukunft wohl eher noch mit einer zunehmenden Ideologisierung des 20. Juli zu rechnen. Die verschärfte Militarisierung der deutschen Außenpolitik (u.a. auch sichtbar an der massiven medialen Bundeswehrwerbung) bedarf der Vorbilder für ein patriotisches Soldatentum, wie es der 20. Juli in der Tat verkörpert. Stauffenberg vor seiner Hinrichtung: „Es lebe das heilige Deutschland!“

Rainer Dittrich (Bergisch-Gladbach)